④ MITTEILUNGS-BLATT
DES JÜDISCHEN VOLKSRATS POSEN

Adresse der Redaktion: Posen, Berlinerstr. 5 II Fernsprecher Nr. 1576.

ZWANGLOS ERSCHEINENDE HEFTE
Verlag und Expedition: JÜDISCHER VOLKSRAT POSEN.

Büro des Jüdischen Volksrats: Posen, Berlinerstr. 5 II Fernsprecher Nr. 1576.

Nummer 1. | POSEN, Februar 1919 = 5679 Adar I. | I. Jahrgang.



MITTEILUNGS-BLATT DES JÜDISCHEN VOLKSRATS POSEN

ZWANGLOS ERSCHEINENDE HEFTE

Verlag und Expedition: JÜDISCHER VOLKSRAT POSEN.

Adresse der Redaktion: Posen, Berlinerstr. 5II Fernsprecher Nr. 1576.

Büro des Jüdischen Volksrats: Posen, Berlinerstr. 5II Fernsprecher Nr. 1576.

Nummer 1. | POSEN, Februar 1919 = 5679 Adar I. | I. Jahrgang.

Was wir wollen.

Der 9. November brachte auch der Stadt und Provinz Posen die Revolution. Arbeiter- und Solda enräte erstanden und rissen die gesamte militärische und zivile Macht an sich; die roten Fahnen lösten die preußischen und deutschen Farben ab. Aeussetrlich sah es so aus, als hätte auch bei uns der Sozialismus gesiegt, allein, wer sich durch die äußeren Zeichen nicht täuschen ließ, erkannte, daß hinter den Formen der sozialistischen sich die nationale Revolution vorbereitete, daß alle die revolutionären Erscheinungsformen nur Dekorationen für die nationale Umgestaltung waren. Am 27. Dezember ließ man auch den Schein fallen: die nationale Revolution war vollendet, die Polen hatten die Herrschaft an sich gerißen.

Wir Juden hatten von vorn herein die Situation durchschaut. Wir sahen uns auf einem Boden stehen, auf dem die schwersten nationalen Kämpfe entbrannten. Wir mußten zu ihnen Stellung nehmen. Für viele von uns konnte es keinen Augenblick des Zweifels darüber geben, wo wir hingehörten. Uns, die wir das Judentum immer als Volkstum aufgefaßt und erlebt hatten, die wir uns eins fühlten mit unseren 14 Millionen Volksgenossen in der Welt, uns war die nationale Frage längst beantwortet. Uns Nationaljuden war unsere Parole im Nationalitätskampfe gegeben; sie lautet: „Jüdisch"

Alle gesetzestreuen Juden fanden sich sehr schnell mit uns zusammen; die Thora kennt nur eine unlösbare Einheit des Gottesvolkes und der Gotteslehre. So bekannten auch sie sich zum nationalen Judentum — in Uebereinstimmung mit der Anschauung weitester Kreise der deutschen Orthodoxie.

Das nationale Judentum ist uns nicht nur Parole, sondern auch Programm. „Wahrung der nationalen und persönlichen Rechte der Juden in Stadt und Land Posen," ist in unserem ersten Aufruf als Aufgabe des jüdischen Volksrats bezeichnet worden. Was verstehen wir unter nationalen Rechten? Als die große französische Revolution auch den Juden die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit verhieß, war von nationalen Rechten der Juden keine Rede. Damals konnte vielmehr einer der führenden Geister, Clermont Tonnere, die Situation dahin kennzeichnen: den Juden als Nation muss man alles versagen, den Juden als Bürgern alles gewähren. Die Folgen dieser Politik hat der Ratgeber des Preußenkönigs richtig vorausgesehen, als er vor mehr als 100 Jahren in der Zeit der großen preußischen Erneuerung und Befreiung die Judenemanzipation als das Mittel bezeichnete, die Juden zwar unblutig aber doch mit einem Male totzuschlagen. Tatsächlich ist in den Ländern der Emanzipation das Judentum an Blutleere erstarrt, und wir würden heute kaum noch einen Hauch lebendigen Judentums verspüren, hätte das emanzipierte Westjudentum allein das Judentum dargestellt. Jetzt, wo die Welt wiederum vor einer entscheidenden Wende steht, wo wiederum für lange Zeit hinaus die Grundlagen für alle staatlichen und nationalen Verhältnisse und Beziehungen festgelegt werden, muß der alte Fehler vermieden werden. Soll das Judentum als Ganzes erhalten werden, so muß es nicht nur als konfessionelle Saite im Individualleben englischer, französischer, deutscher, polnischer u. s. w. Staatsbürger erklingen, sondern es muß direkt und unmittelbar sein eigenes Instrument im Völkerkonzert ertönen lassen. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht werden, in der auch den kleinsten Völkern ihr Recht werden, in der die nationale Minderheit innerhalb eines Staates allgemein nicht nur persönliche Freiheit, sondern auch nationales Recht erlangen soll, ist es die Pflicht der Juden, für den Bestand des nationalen Judentums zu sorgen, nationale Rechte zu fordern.

Gilt dies schon allgemein, so ganz besonders für uns Juden in Posen, die wir in gemischt-nationalen Gebieten leben. Jetzt tobt der Kampf um den Besitz des Landes, um die staatliche Herrschaft in unferer Heimat. Wir Juden erstreben sie nicht. Wir wissen aber, daß, wie der Kampf auch ausgehen mag, und, was noch bedeutungsvoller ist, wie die Friedenskonferenz auch immer über die staatliche Zugehörigkeit Posens entscheiden wird, alle Nationalitäten, die jetzt vorhanden sind, im Lande — vielleicht mit einigen Verschiebungen im Stärkeverhältnis — verbleiben werden. Ob im deutschen Reiche, ob im Polenstaat: in Posen werden Deutsche, Polen und Juden neben einander leben müssen. Die Unterdrückungspolitik der alten preußischen Regierung ist endgültig beseitigt, keine Macht wird sie wieder einzuführen in der Lage sein. Es wird nicht nur keine Ausnahmegesetze gegen eine Nationalität geben dürfen, sondern alle Nationalitäten werden in Achtung vor einander leben müssen, jede Nationalität wird der anderen die selbständige, selbstverantwortliche und selbstbestimmende,

die autonome Regelung ihrer eigenen nationalen Angelegenheiten überlassen müssen. Alle kulturellen Aufgaben. Erziehung, Ausbildung, insbesondere das gesamte Schul- und Unterrichtswesen, die soziale Fürsorge für die Stammesgenossen, gewisse Gebiete des Wirtschaftslebens (die allerdings eng zu begrenzen sind) unterstehen der autonomen Regelung durch die Nationalitäten. Vom Staate werden ihnen hierzu die Mittel durch Gewährung des selbständigen Besteuerungsrechtes überlassen. Wie einst die Einführung der Autonomie für die Religionsgesellschaften dem Staate zwar das Recht nahm, auf das Religionsbekenntnis seiner „Untertanen" einen entscheidenden Einfluß auszuüben, ihm aber zugleich den Vorwurf der Unterdrückung der Religionsfreiheit nahm und ihn von Religionsstreitigkeiten befreite, so wird auch die nationale Autonomie die Kompetenzen des Staates zwar vermindern, dafür aber den Staat nach innen und nach aussen kräftigen und stärken. Das Schwinden aller Gehässigkeiten, die aus der Politik der nationalen Unterdrückung erwachsen, das Aufhören jeder Irredenta, jeder Bestrebung unterdrückter Völker nach Befreiung wird in der inneren und äusseren Politik einen reichlichen Ausgleich für die Einbuße bilden, die der Omnipotenz des Staates bereitet wird. Alle Nationalitäten des Staates werden sich frei fühlen und neben den Aufgaben, die zu erfüllen jeder von ihnen obliegt, sich mit Eifer und einem Patriotismus, der durch keinerlei Verbitterung getrübt ist, den gemeinsamen Arbeiten des Staatslebens zuwenden.

Diese Lösung des Problems in unsern Landen herbeizuführen, ist unser politisches Ziel. Dieses unser Ziel steht unverrückbar fest und ist unabhängig davon, in welchen Staatsverband uns das Schicksal und die Beschlüsse des Friedenskongresses bringen. Der polnische Staat wird in Posen ebensowenig wie in seinen anderen Ländern die Juden nach berühmtem alten Muster mit Privilegien abspeisen dürfen; das Deutsche Reich wird keine Schutzjuden haben wollen, wird aber auch aus seiner und Preußens verfehlter Nationalitätenpolitik gelernt haben, nicht nur persönliche Gleichberechtigung, sondern auch das Recht der Nationalitäten anzuerkennen. Der Friedenskongreß schließlich, der dem jüdischen Volke die Anerkennung seiner ewigen und unverjährten Rechte auf das Land seiner Väter bringen wird, wird sicher auch dafür sorgen, daß den Juden in allen Ländern ihres Aufenthalts das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten gesichert bleibt. Uns Juden aber, die wir in dieser Zeit an diesem Orte wohnen, ist die historische Aufgabe zugefallen, unserem Volke hier die ihm gebührende Stätte unter den Nationalitäten zu schaffen. Wir werden vor der Geschichte und vor unserem Pflichtbewußtsein nur bestehen können, wenn wir nicht nur im Vertrauen auf die Einsicht der Völker ruhig abseits gestanden und gewartet, sondern wenn wir durch ernste Arbeit zu dem Erwerb unserer nationalen Rechte beigetragen haben. Denn schließlich werden Rechte noch weniger als Wohltaten aufgedrängt, und auch im Leben der Völker und für das öffentliche Recht gilt der Satz: jura vigilantibus scripta.

Auf dem Wege zn diesem Endziel der nationalen Autonomie liegt unsere praktische Gegenwartsarbeit. Wir haben unsere Ansprüche nach beiden Seiten hin, bei Deutschen und Polen, angemeldet. In dem politischen Kampf der beiden feindlichen Nationalitäten selbst bewahren wir Neutralität und halten uns von allen Feindseligkeiten nach beiden Seiten hin fern. Wir haben mit dieser unserer Haltung bei Deutschen und Polen Verständnis, Billigung und Anerkennung gefunden. (Über unsere Erfolge wird an anderer Stelle berichtet.)

An alle Juden der Provinz Posen aber wollen wir uns immer wieder mit der dringlichen Bitte wenden, sich uns anzuschliessen und uns in unserer schweren, aber für die Gesamtheit notwendigen Arbeit zu unterstützen. Schon ist der Kreis unserer Mitarbeiter gross geworden. Nicht nur Nationaljuden, politische und religiöse, gehören zu uns, sondern sehr viele, die bisher nur jüdisch-liberal organisiert waren. Können nicht alle Juden sich uns anschließen? Wer sich diese Frage vorlegt und gewissenhaft prüft, muß zu einer Bejahung gelangen.

Als zu Beginn des Krieges die Ostjudenfrage den Juden in Deutschland klar gelegt wurde, die sie bisher nicht gekannt hatten, da kam sehr schnell eine allgemeine Einigung dahin zustande, daß für die Ostjuden die nationale Autonomie verlangt werden müsse. Wo aber ist nach dem Osten die Grenze zu ziehen, bei der die nationale Autonomie zu gewähren ist? Es wäre reine Willkür, wollte man sie da ziehen, wo die Grenzen des Deutschen Reiches gehen. Entscheidend muß vielmehr der innere nationale Zustand des Gebietes sein. Die Nationalautonomie ist eine Staatsform, die nicht für die Juden erdacht ist und in keinem Lande den Juden allein zugute kommen kann. Wo mehrere Nationalitäten gemischt untereinander leben, da ist das Gebiet der nationalen Autonomie. In der Provinz Posen ist dies der Fall. Polen, Deutsche und Juden leben hier zusammen. Für Polen und für Deutsche muß die nationale Autonomie geschaffen werden. Wenn die Juden sie nicht auch erhielten, wären sie gezwungen, sich wenigstens äußerlich der einen oder der anderen Nationalität anzuschließen Sie würden in beiden nationalen Katastern zu finden sein, denn so sicher es ist, dass die in der Provinz Posen eingesessenen jüdischen Familien und Zuzug aus dem Westen sich wegen der kulturellen Zugehörigkeit in Ermangelung eigener Kurien zur deutschen melden müßten, so ist auch damit zu rechnen, daß der nicht geringe Zuwachs, der aus dem polnischen Osten zu erwarten steht, wenn er die Möglichkeit des Bekenntnisses zur jüdischen Nation nicht hat, sich, als zur polnischen Nationalität gehörig, bezeichnen würde. Dann würden im Staatsleben zwischen Deutschen und Polen die nationalen Kämpfe zwar beseitigt sein — im innerjüdischen Leben aber würden sie gerade erst beginnen Das kann kein Jude, welcher Parteirichtung er auch angehören mag, wollen.

Die Einheit des Judentums ist für uns alle das höchste Ideal und das mächtigste Gebot der Stunde. Jeder Jude, auch wenn er persönlich nicht auf dem Boden des nationalen Judentums steht, kann dafür eintreten, daß bei der Neuregelung der politischen Zustände unserer Lande den Juden die Rechte der nationalen Minderheiten eingeräumt werden. Diese Forderung ist die Grundlage für eine politische Einigung aller Juden unserer Heimat. Der jüdische Volksrat hat diese Plattform geschaffen. Er hat bereits ein gutes Stück Arbeit auf dem Wege zu seinem Ziele getan. Wenn alle Juden sich anschliessen, ist an der glücklichen Vollendung des Werkes nicht zu zweifeln.

Juden, wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen!

Dr. Max Kollenscher.

Tätigkeitsbericht.

Als am 5. Oktober v. J. der deutsche Reichskanzler erklärte, die deutsche Regierung habe in ihrem Waffenstillstandsersuchen das Wilson'sche Friedensprogramm angenommen, also auch jenen berühmten Punkt 13, der bestimmt,

„ein unabhängiger polnischer Staat, der die Länder mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung umfasst, soll gebildet werden“

da war es jedem Einsichtigen klar, dass unsere engere Heimat politischen Veränderungen unterworfen sein werde, die die Interessen der jüdischen Bevölkerung auf das Einschneidenste berühren mussten. Die Voraussicht dieser Lage liess eine Fühlungnahme der bestehenden jüdischen Organisationen geboten erscheinen; daher trat die Zionistische Ortsgruppe Anfang November an alle übrigen jüdischen Vereinigungen Posens zwecks Einleitung von zunächst unverbindlichen Vorbesprechungen heran. Leider mussten sich diese Verhandlungen zerschlagen; es zeigte sich, dass ein erheblicher Teil der jüdischen Notabeln nicht gewillt war, ein Arbeitsprogramm zu billigen, dessen Ziele über die unmittelbarsten und dringensten Aufgaben, den Schutz von Leben und Eigentum der Juden, hinausgingen. Die Interessen der Juden Posens aber erforderten gebieterisch eine jüdisch-politische Organisation mit möglichst weitgesteckten Zielen.

Deshalb rief am Tage der Revolution, dem 10. November, der Vorstand der Zionistischen Ortsgruppe, verstärkt durch einige gleich gesinnte Herren die jüdischen Soldaten Posens zu einer Versammlung zusammen, welche eine Abordnung zum Arbeiter und Soldatenrat, der sich eben gebildet hatte, entsandte und folgende Resolution überreichte:

„Die im jüdischen Heim versammelten jüdischen Soldaten stellen sich dem neugegründeten Soldatenrat zur Verfügung.

Sie erwarten und verlangen folgendes:

1. Anerkennung der persönlichen und nationalen Gleichberechtigung der Juden,
2. die Aufnahme von Soldaten, die durch jüdisches Vertrauen gewählt sind, in den allgemeinen Soldatenrat,
3. den allgemeinen Schutz für Leben, Freiheit und Eigentum unter Berücksichtigung der besonders gefährdeten jüdischen Bürger.“

Mit diesen unseren Forderungen fanden wir durchweg Anerkennung. Unser Vertreter Dr. Kollenscher, wurde zusammen mit deutschen und polnischen Herren in den Beirat des A. und S. Rates aufgenommen. Gleichzeitig traten wir auch mit einem unsere Tendenz enthaltenden Flugblatt an die Oeffentlichkeit.

Unsere Anerkennung setzte sich bei den neuen durch die Revolution geschaffenen, wie bei den alten Behörden rasch und allgemein durch. Als Vertreter der Judenschaft wurden wir zu allen Beratungen von Ausschüssen bei der Regierung, dem Magistrat, dem Demobilmachungskommissar, dem Polizeipräsidenten hinzugezogen. In einer gemeinsamen Sitzung der Städtischen Körperschaften und der neuen und alten Behörden, die Mitte November stattfand, wurde der Darstellung unseres Standpunktes durch Herrn Dr. Kollenscher vollstes Verständnis seitens der polnischen wie der deutschen Vertreter entgegengebracht.

Wie richtig unser Vorgehen war, zeigte sich auch darin dass weite jüdische Kreise die uns zum Teil gänzlich fern gestanden hatten, unsere Stellungnahme billigten und dies durch ihren Beitritt zu unserer Organisation zum Ausdruck brachten. An erster Stelle ist hier die Vertretung der orthodoxen Juden Posens — die Arbeitsgemeinschaft der thoratreuen Vereine — zu nennen, die geschlossen dem Volksrat beitrat, ihre Vertreter in dessen Vorstand entsandte und in einem eindrucksvollen Flugblatt ihren bewusst nationalen Charakter bekannte.

Ein Rundschreiben, das wir in die Provinz entsandten, und das unsere Ziele und Aufgaben kurz auseinandersetzte, hatte umfassende Erfolge aufzuweisen. An verschiedenen Orten der Provinz bildeten sich jüdische Volksräte und eine grosse Anzahl der Synagogen-Gemeinden trat uns korporativ bei. Viele weiteren Gemeinden der Provinz stehen unmittelbar vor ihrem Anschluss.

Aber auch liberale Kreise erkannten, dass die überlebte Theorie, die den Juden aller Länder jede Daseinsberechtigung auf nationaler Grundlage aberkannt hatte, der neuen Zeit und ihren Forderungen nicht mehr genügen konnte. Gerade aus diesen Kreisen waren die Beitrittserklärungen, obwohl wir von jeder Einzelpropaganda Abstand genommen hatten, so zahlreich, dass wir auch ihnen mehrere Vertreter in unserem Ausschuss bewilligten.

So, an Zahl und Einfluss gestärkt, waren wir im Stande, auch die grossen Aufgaben, vor die die folgenden Wochen und namentlich die bekannten Ereignisse vom 27. und 28. Dezember uns stellten, zu erfüllen.

Schon bei Beginn der Umwälzung hatte die dringendste Forderung, der Schutz von Person und Eigentum der jüdischen Bevölkerung, es uns geboten erscheinen lassen, in die neugegründete Bürgerwehr mit einer eigenen jüdischen Gruppe einzutreten. In vollem Einvernehmen mit der deutschen und polnischen Gruppe und unter gemeinsamem Ober-Kommando konnten unsere Bürgerwehrleute in ständigem Wachtdienst an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in unserer Stadt wesentlichen Anteil nehmen und zur Beruhigung der jüdischen Bürgerschaft beitragen. Sie taten dies mit anerkannt musterhafter Disziplin und Arbeitsfreudigkeit. Bei den Wahlen zur deutschen und preussischen Nationalversammlung versahen die deutsche und jüdische Gruppe der Bürgerwehr gemeinsam den Wachtdienst in den Wahllokalen.

Ein ständiger Beratungsdienst, den wir in unserem Büro einrichteten, gab uns Gelegenheit, zahlreichen jüdischen Mitbürgern, die bei den Unruhen Schaden erlitten hatten, Rechtsberatung, sowie Schutz und Vertretung ihrer Interessen bei den Behörden zu Teil werden zu lassen. Ueber die Vorfälle, bei denen Juden geschädigt worden waren, nahmen unsere juristischen Mitarbeiter Protokolle auf, die wir den in Betracht kommenden Behörden zur weiteren Bearbeitung unterbreiteten.

Um für den Rechtsschutz der jüdischen Bevölkerung zu sorgen, insbesondere bei der Feststellung der den Juden fälschlich nachgesagten Gewaltakte mitwirken zu können, entsandten wir auch einen Vertreter in den von den drei Nationalitäten paritätisch beschickten Untersuchungsausschuss, und zwar Rechtsanwalt Manheim.

Wir konnten auch erreichen, dass in die Kommandos, denen die angeordnete Durchsuchung der Wohnungen nach Waffen übertragen ist, je ein von uns benanntes jüdisches Mitglied aufgenommen wurde. Da aus Anlass dieser Haussuchungen vielfach Ausschreitungen befürchtet worden waren, trug die genannte Massnahme wesentlich zur Beruhigung der jüdischen Bürgerschaft bei.

Endlich waren wir in neuester Zeit in den zahlreichen Fällen, in denen jüdische Bürger der Provinzstädte als Geiseln weggeführt oder durch Kontributionen und ähn-

liche Massregeln betroffen worden waren, bei den polnischen Behörden, insbesondere der Naczelna Rada Ludowa und der Kommandantur Posen mit gutem Erfolg tätig. Wir wollen nicht unterlassen, hervorzuheben, dass die genannten Behörden uns stets mit Wohlwollen entgegengetreten sind, sodass die entstandenen Misshelligkeiten sich meist in befriedigender Weise regeln liessen. Freilich mussten wir hierbei auch die Erfahrung machen, dass in einzelnen Fällen die Macht der Obersten polnischen Behörden an dem Selbstbewusstsein der lokalen Behörden der Provinz zerschellte.

Dass wir als die Vertretung der national gerichteten Judenschaft allgemein anerkannt sind, beweisst die Tatsache, dass unsere Vertreter auch zu der Konferenz der deutschen und polnischen Behörden, die in Anwesenheit der Minister Ernst und Göhre in Posen stattfand, zugezogen waren und sowohl in dieser als auch in der nachfolgenden Schulkonferenz Gelegenheit hatten, unseren Standpunkt und unsere Forderungen darzulegen.

Um der gespannten Stimmung zwischen der polnischen und jüdischen Bevölkerung zu steuern, veröffentlichten wir gemeinsam mit dem Polnischen Volksrat ein Flugblatt, das in weitesten Kreisen aufklärend und beruhigend wirkte. Im Zusammenhang hiermit sei darauf hingewiesen, dass ein gemeinschaftlicher Ausschuss der drei Volksräte ab und zu zur Besprechung der Lage zusammentreten wird.

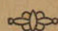
Auch den wirtschaftlichen Fragen des Posener Judentums wandten wir unsere Aufmerksamkeit zu. Auf unsere Anregung hin, entstand gemeinsam mit den bestehenden Berufsberatungs- und Arbeitsvermittlungsstellen das jüdische Arbeitsamt in Posen, das sich zur Aufgabe gestellt hat, unter Berücksichtigung aller jüdischen Interessen die Erwerbssuchenden durch Beratung geeigneten Berufen zuzuführen, auch Akademikern Niederlassungsmöglichkeiten nachzuweisen, sowie ferner den Juden, die nach Palästina übersiedeln wollen, hierbei sachverständigen Rat zu erteilen.

Als sich bei der Beschaffung des erforderlichen Mazzoth-Mehles für die Bäckereien der Provinz Schwierigkeiten herausstellten, waren unsere Bemühungen zur Beseitigung derselben von einem vollen Erfolg begleitet.

Wir dürfen so zusammenfassend darauf hinweisen, dass wir bei allen Schwierigkeiten und Misshelligkeiten, die die vorsichgehende Umwälzung für die jüdischen Mitbürger im Gefolge hatte, energisch und mit gutem Erfolge eingegriffen haben. Wenn wir auch heute von Einzelheiten absehen müssen, so ist die jüdische Oeffentlichkeit doch durch unsere Sonnabend-Sitzungen, die allen Interessenten zugänglich sind, orientiert. Trotz der kurzen Zeit unseres Bestehens können wir auf eine reiche Arbeit im jüdischen und allgemeinen Interesse zurückblicken.

Wir wollen noch daran erinnern, dass der Begriff Autonomie in besonderen Juristen-Zusammenkünften erörtert wird. Ebenso wird die Schulfrage in besonderen Fachkonferenzen eingehend besprochen. Auch ein Wirtschaftsausschuss ist im Entstehen begriffen.

Verantwortungsvolle und aufreibende Arbeit haben wir nach bestem Können geleistet. Weit grössere und schwerere Aufgaben stehen uns jedoch noch bevor. Um sie zum Segen der gesamten Judenheit unserer Heimat lösen zu können, bedürfen wir aller Kreise und der tätigen Mitwirkung aller Juden. Wir hoffen, dass unser Appell bei all denen, deren Verantwortungsgefühl für die jüdische Gesamtheit nicht durch das Gefühl der Parteigegensätze absorbiert ist, nicht ungehört verhallen wird.



Jüdische Volksräte.

„Derhalb jr billich Läser all
Wie herb auch scheint dis schreiben
Lassts euch nichts ärgern jzumal
Man muss die wahrhait treiben“

Fischart: — „An jdes Aufrecht „Redlich Teutsch g plut vnd gemüt.“ (1525.)

Mitten in den grössten Aengsten und Sorgen der Juden bricht neuer Zwist in unseren Reihen aus. Der jüdische Volksrat hat ihn angefacht — so heisst es. Nicht durch seine Taten erst, sondern schon durch sein blosses Erscheinen im Kampfe des Tages um die neue Ordnung. Zionisten sind es, die in vorderster Linie ihm ihre Kraft opfern. Also muss der Zionismus wieder herhalten, jenes ewig rote Tuch denen, die noch immer hoffen und wieder hoffen, in nichtjüdischen Kreisen den unsichtbar wirkenden gelben Armstreif vergessen zu machen. Das Ghetto wird wieder aufgerichtet! War es denn je verschwunden? Jst die Zeit des Asemitismus spurlos aus dem Gefühlsleben der Judenheit verschwunden? Verrat am Deutschtum, rufen die anderen dem Kreise zu, der noch niemals die deutschen Kulturwerte im Leben der Judenheit geringgeschätzt. Neue politische Verhältnisse, von denen wir garnicht einmal zu wissen brauchen, ob sie dauernd sind, diktieren uns jetzt aber ein politisches Handeln, das uns Erfolg nur dann verspricht, wenn wir als Juden für uns handeln. Wer hat bis zur Stunde für unsere Bedrückten und Verfolgten gesorgt, wenn nicht Juden?

So will denn der Jüdische Volksrat nichts anderes als eintreten für unsere Rechte, für die Rechte der Juden. Schutzjuden zu sein, sollten wir längst verlernt haben. Wir bitten nicht, wir betteln nicht. Unsere Aufgabe ist die Stabilierung unserer Rechte. Verhandlungen hierüber kann man nur mit der herrschenden Macht führen. Ist das Verrat am Deutschtum? Man muss sich dieser Aufgabe unterziehen, ohne sich vor späteren Enttäuschungen zu fürchten. Haben denn die, denen die Absonderung des Jüdischen Volksrats ein Gräuel ist, bis zum Ausbruch des Krieges bei den deutschen Behörden das Geringste erreicht, was geeignet gewesen wäre, dem deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens innerhalb der nichtjüdischen deutschen Gesellschaft eine würdige Stellung zu geben? Gewiss, uns war Gleichberechtigung gewährleistet. Aber diese ist keineswegs gleichbedeutend mit Gleichstellung. Dass sie es nicht war, dafür sorgte der „Verwaltungsweg“ übelstens Angedenkens. Der Jüdische Volksrat kann und soll niemand seine Herzensneigung schmälern, die gesellschaftlichen Ghettomauern zu überklimmen. Er ist und bleibt eine Arbeitsgemeinschaft. — — — —

Wohlgemerkt, der Jüdische Volksrat hat sich, solange er allein an seinem Beratungstische sitzt, nur um jüdische Sorgen und Wünsche zu kümmern. Gemeinsam mit dem deutschen Volksrat handelte er in den Fragen gemeinsamer deutscher Kulturrechte, mit denen jeder von uns durch Geburt und Erziehung auf das Festeste verankert ist. Wir stehen hier vor einem umfangreichen Arbeitsgebiete, das zu sichten der Zukunft vorbehalten bleiben muss. Zu den wichtigsten Gegenwartsaufgaben gehört aber die Vernichtung aller Illusionen in

unseren eigenen Reihen. Das mag schmerzhaft sein, ist dadurch aber nichtsdestoweniger notwendig. Asemitismus, dieses Wort, das die niedrigste Kampfesart, jemals von Menschensinn erdacht, bedeutet, sollte uns allen, ohne Rücksicht auf Differenzierungen in innerjüdischen Fragen dauernd in den Ohren gellen. Es sollte uns erröten machen vor Scham, wenn einer von uns versucht sein sollte, neuer Gemeinschaft nachzugehen. Auch ich glaube an das Stürzen der Ghettomauern.

Aber nur der kann diesen Zukunftsglauben haben, der frei vom Ghettoempfinden ist, frei von jener gesellschaftlichen Selbstpreisgabe, die vielleicht das widerlichste Ghettosymptom ist. Wir sind die Starken, auf deren Kraft der Zukunftsbau gemeinsamen Menschentums sich stützen wird. Wir sind frei, schon jetzt frei, schon längst frei. Und den Herzen vieler Millionen von Juden, Menschen jüdischen Glaubens, entringt sich allmorgentlich das Segenswort: Gelobt sei der Herr, dass ich nicht zu den Sklaven gehöre! Nur in diesem Kraftbewusstsein liegt Unzerstörbarkeit, liegt Schaffensfähigkeit. Frei die Bahn allen, denen es ernst ist um den Wiederaufbau der gestürzten Welt. Fort mit den unsauberen Händen, sie haben lange genug ihr unsauberes Spiel getrieben. Restlos wird der Sturz der Ghettomauern kommen, mit ihm die Brüderlichkeit aller Nationen und Religionen. Er kann aber nur eintreten durch fundamentalsten Umsturz der Wirtschaftsordnung. Dies ist die Markscheide, an der die Juden, jeder nach seiner Ueberzeugung, gezwungen sein werden, zu optieren, ob sie die Grundsteine für den neuen Aufbau nach rechts tragen wollen oder nach links, zum Alten oder zum neuen Werke, von dem allein der Menschheitsfriede ausgehen kann.

Was trennt uns heute also von unseren Gegnern im Judentum, deren Mitarbeit dem Jüdischen Volksrat jederzeit erwünscht wäre? Ist es das zionistische Programm? An anderer Stelle wird über seine bisherige Tätigkeit berichtet werden. Man wird vergebens nach etwas Zionistisch-Parteipolitischem suchen. Und die zionistischen angeblichen Utopien? Sie sind ja in Erfüllung trotz Witz und Spott und Hohn. Tausende von opferbegeisterten Juden warten des Augenblicks, ihren Stammespatriotismus durch die Tat beweisen zu können, auszuwandern in das heilige Mutterland, sich bewusst der Opfer und Entbehrungen, die ihrer dort harren. Viele Hunderte aber, die seit Jahrzehnten schon drüben gelebt, sind auf die Kunde von dem Ausbruch des Krieges unter Ueberwindung grösster Schwierigkeiten in wochenlangen Fussmärschen hierhergeeilt, um auf deutschem Boden sich ihren Brüdern zum Kampfe gegen den Weltverband anzuschliessen. So durfte denn Eduard Bernstein in seinem durchaus antizionistischen Werkchen „Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege" (1917) schreiben: „der Natur des Objekts nach kann man zunächst zwei Arten von jüdischem Patriotismus unterscheiden: den Patriotismus von Juden für das Land, dem sie als Staatsbürger angehören, den man als Landespatriotismus bezeichnen kann, und das stärkere Solidaritätsempfinden von Juden für die Judenheit im Allgemeinen, das wohl am besten mit dem Wort Stammespatriotismus bezeichnet wird. Diese zwei Arten von Patriotismus können in vielen Fällen neben einander bestehen, ohne sich gegenseitig zu beeinträchtigen — ...." Sollte dieser Satz nicht geeignet sein, einen Pfeiler wenigstens zwischen den sich bekämpfenden Gruppen der Judenheit zu bilden? — „Der Katholizismus in den protestantischen Ländern geht doch ebenfalls über die Grenzen des Vaterlandes hinaus, und dessen ungeachtet können seine Bekenner gute Staatsbürger sein, die ihrer Religion treu bleiben und dabei im Dienste der nationalen Kultur stehen". (M. I. bin Gorion, vom östlichen Judentum 1918). Um welchen Gegenstand des Kampfes handelt es sich denn noch? Dass der Zionist jüdisch-national empfindet? Nun, die Neuordnung hier im Osten kann uns vielleicht vor die fertige Tatsache stellen, dass wir Juden als Juden als eine politische Einheit dastehen werden, neben der deutschen, ob wir es wollen oder nicht. Ist es da weise, jetzt noch Groll zu pflegen über Fragen, die ausserhalb jeder Diskussion stehen, und die von stärkeren Mächten im Sinne der vielgelästerten und vielverspotteten Kämpfer für Freiheit und Recht im Mutterlande schon gelöst sind?

Alle Beteiligten sollten sich hierüber nochmals klar zu werden suchen.

Die Not der Zeit und auch der ferneren Zukunft müsste hierbei jede Unterhaltung über bestehende Differenzen verbieten. Der jüdische Volksrat wird seine Tätigkeit noch lange nach dem schliesslich doch einmal kommendem Eintreten der Ordnung zu entfalten haben. Stehen wir doch vor einer schier unglaublichen Tatsache. Das gesamte Verwaltungsleben wird demokratisiert. Das preussische Ministerium des Innern ruft aber den Judengemeinden zu: Eure Verfassung bleibt die alte plutokratische! Neues Leben soll die deutsche Welt zu frischer Blüte bringen. Die Bahn soll dem Tüchtigsten frei gemacht werden. Da will die Regierung einem Fossil, der Macht des Geldes, neuen Lebenshauch einblasen. Auf einmal hört die Furcht vor der Rührigkeit des jüdischen Geistes auf. Und dennoch kann die Zeit kommen, dass gerade durch diese aus dem durch die Blindheit der heutigen Machthaber erhalten gebliebenen Reste der Geldherrschaft neue Machtgelüste der Besitzenden geweckt werden. Zum eigenen Schutze sollte sich die Judenschaft von diesem eklen Gebilde befreien. Wir erwarten es nicht. Deshalb aber wird der jüdische Volksrat, dem hoffentlich stets so wie heute die Jungkraft jüdischen Könnens und Wollens zur Verfügung stehen wird, eine Dauereinrichtung bleiben, um dem frischen jüdischen Geiste den gebührenden Einfluss auf die Verwaltung aller jüdischen Dinge und Einrichtungen zu sichern. Selbst dann wird dies der Fall sein müssen, wenn nur Gemeindeaufgaben das Arbeitsfeld des jüdischen Volksrats bilden sollten. Seine Zukunftsgrenzen sind aber tatsächlich viel weiter gesteckt.

Unseren Gegnern, mit denen wir Aussöhnung zur Arbeitsgemeinschaft herbeisehnen, stehen wir ohne Groll gegenüber. Wir sind die Sieger geblieben und werden nie und nimmer sie in ihrer Empfindungsrichtung zu beeinflussen suchen. Wir werden die Waffen, die gegen uns geführt wurden, dauernd der Stätte der Vergessenheit übergeben. Wir sind vor allem aber damit zufrieden, dass unsere nationale Auffassung vom Judentum niemals auch nur um eines Haares Breite bei uns Gefühl und freie Tat des Patriotismus schmälern konnte. Wir bedürfen keiner Loyalitätserklärungen. Unser Weg ist uns klar vorgeschrieben: wir sprechen deutsch und denken in deutscher Sprache, wir sind mit der Kultur fest verkettet, die deutscher Geist geschaffen. Ich möchte hier erinnern an die Worte, die der Präsident der Zionistischen Vereinigung für Deutschland in seiner Eröffnungsrede zum Delegiertentag am 26. XII. 18. gesprochen hat: „Wir Zionisten, die wir uns unserer nationalen Eigenart bewusst sind, glauben am klarsten zu empfinden, wie starke Bande die deutsche Judenheit mit Deutschland verbinden, und wir leben der Hoffnung, dass diese berechtigten, weil innerlich wahrhaften Beziehungen zwischen dem deutschen Volke und der deutschen Judenheit in der neuen Zeit, die für Deutschland angebrochen ist, erst ihren adäquaten Ausdruck finden werden. Ein Deutschland des sozialen Fortschritts rührt an die nächsten menschlichen Empfindungen seiner jüdischen Bürger und auch wir nationalen Juden werden gern unseren Anteil an dem Aufbau des neuen Deutschlands nehmen, wie an seiner Zukunft mitarbeiten." Wie zukünftige Generationen denken und fühlen werden, kann heut niemand wissen. Politisch stehen wir auf dem Stand-

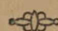
punkte des guten alten Liberalismus, frei von dem ridikülen Beiwerk des Bezirksvereinlertums: Freiheit dem Gewissen!

Wir müssen zusammenkommen und dann zusammenhalten; denn wir sollten uns dessen bewusst sein, dass weder Krieg noch Demokratie noch Revolutiou imstande gewesen, die alte, uralte Kluft zwischen Juden und Nichtjuden auch nur im geringsten abzuflachen. Es gibt sogar Stimmen, die das Gegenteil behaupten. Da helfen auch keine Loyalitätserklärungen. Unter Loyalität verstehen wir ja nicht nur, wie das Fremdwörterlexikon lehrt, Gesetzmässigkeit, Ehrenhaftigkeit, Biederkeit, Rechtschaffenheit, Anhänglichkeit, Treue gegen das Fürstenhaus — würde heute wohl heissen gegen die jeweilige Regierungsmacht. Vielmehr hat der Sprachgebrauch den Inhalt des Wortes bereichert: es liegt in ihm der Wille zu freiwilliger Anerkennung. Der Treue haftet etwas von Liebe und Anhänglichkeit an, Empfindungen, die doch erst erworben sein wollen. Sie auf dem Präsentierteller entgegenbringen, erschwert dem anderen Teile, sich zu dem Gefühl der Achtung durchzuringen. Jede Staatsgewalt fordert Kraft ihrer Macht Anerkennung, Gesetzmässigkeit u. s. w. Versicherung der Loyalität ist also etwas durchaus Ueberflüssiges. Zu staatsbürgerlicher Treue zwingt das Gesetz, wo auch immer der Mensch leben mag. Gegenseitige Achtung ist der Kern des künftigen Staatslebens, begründet auf dem freien Rechte des freien Mannes.

Was also kann uns in Zukunft noch trennen? Unsere Lage bleibt viel zu ernst, als dass dies Fragen der Taktik tun könnten. Verständige Menschen finden hierin stets Wege der Einigung. Die Gesamtaufgaben der jüdischen Gemeinschaft haben an Umfang und Wichtigkeit für jeden Einzelnen von uns gewonnen. Darum müssen wir zur Einigkeit und zum Zusammenschluss um die Organisation des jüdischen Volksrates kommen, sein Entstehen und seine ersten Arbeiten nur mit Dank begrüssen. Eine Erweiterung seiner Aufgaben in nicht zu ferner Zukunft erscheint mir immer notwendiger zu werden, möge ein Teil seiner zionistischen Mitglieder ihr auch augenblicklich noch so ablehnend gegenüber stehen. Es handelt sich um seine Stellungnahme zum Antisemitismus, der für den Osten eine vorwiegend politische Frage ist. Er wird unter der Führung dunkler Kräfte der Rechtsparteien wieder aus der Rüstkammer politischer Waffen hervorgeholt. Man bedenkt dabei nicht, dass es Hochverrat an den allen Bewohnern des Ostens gemeinsamen Kulturaufgaben ist. Während Deutschland am Boden liegt, nach Auferstehung ringt, während Juden nicht minder wie Nichtjuden ihr Letztes hierfür hergeben, hetzen und schüren unsaubere Elemente. Mögen sie mit sich aber auch darüber einig werden, ob derartiges Tun mit den Gesetzen der Religion in Einklang zu bringen ist, deren Hüter zu sein sie sich dünken.

Die kirchlichen und politischen Führer der Polen haben in den Tagen der höchsten Erregung vieles getan, was geeignet war, die tatsächlich vorhanden gewesene Misstimmung gegen die Juden zu beseitigen. Vonseiten der arbeitenden Männer des jüdischen Volksrates wiederum wurde nichts unversucht gelassen, den Ursachen jener Misstimmung mit Umsicht und politischem Takt entgegenzutreten. Wir wissen, dass noch viel zu tun ist, das Misstrauen der Polen gegen die — Loyalität eines Teiles der Juden, den sie — freilich sehr zu Unrecht — im Verdachte des Hakatismus unseligen Angedenkens haben, zu beseitigen. Gerade deshalb suchen wir eine breite Arbeitsbasis für alle Gruppierungen der Juden, einen — loyalen modus vivendi; der es uns allen ermöglicht, unser aller Rechtsstellung hier zu sichern, unbeschadet aller nur denkbaren Gegensätze in Einzelfragen des religiösen nnd politischen Lebens. Der Kristallisationspunkt aber kann nur der jüdische Volksrat sein.

Dr. Karl Kassel.



Zur Wirtschaftspolitik.

I.

Durch Schreiben vom 7. 1. 1919 hat die Naczelna Rada Ludowa dem jüdischen Volksrat Posen mitgeteilt, dass sie ein Haupternährungsamt für die Provinz Posen eingesetzt habe, um die Verteilung der Lebensmittel und deren Ausfuhr zu beaufsichtigen. Weder als Leiter der einzelnen Aemter, die dem Haupternährungsamt unterstellt sind, noch in den Ausschuss ist ein Jude berufen worden. Dies musste unser höchstes Befremden um so mehr erregen, als wir aus zahlreichen Loyalitätskundgebungen massgebender polnischer Persönlichkeiten immer wieder die Zusicherung der Parität als selbstverständlich entnehmen mussten und fraglos auch entnehmen sollten. Zwar hat der Vorsitzende des Jüdischen Volksrats in der Konferenz, die Ende Dezember 1918 anlässlich der Anwesenheit der beiden Minister Göhre und Ernst stattgefunden hat, zutreffend erklärt, dass wir den Anspruch auf prozentuale Beteiligung der Juden Posens in allen Beamtenstellen der Provinz Posen einstweilen nicht zu erheben beabsichtigen; hat es aber mit wünschenswertester Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass wir die praktische Durchführung des demokratischen Grundgesetzes: „Freie Bahn dem Tüchtigen" auch für uns in Anspruch nehmen und die Heranziehung fähiger, jüdischer Anwärter an geeignete Beamtenstellen mit Sicherheit erwarten. Selbstverständlich ist es, dass wir die pronzentuale Beteiligung — mindestens aber die Zuziehung jüdischer Vertrauensmänner — überall da fordern, wo die konkrete Wirtschaftslage dem Gerechtdenkenden die Notwendigkeit und Berechtigung dieses Anspruches geradezu aufdrängt. Dies ist beim Haupternährungsamt der Fall. Die Juden der Provinz Posen sind zu einem grossen Prozentsatz am Handel und insbesondere an der Produktion und am Vertrieb der Lebensmittel beteiligt. Durch die Anordnungen der Ernährungsämter werden also sehr wesentlich jüdische Kaufleute und jüdisches Vermögen betroffen. Es kann ganz dahingestellt bleiben, ob vielleicht auch ohne Zuziehung jüdischer Vertrauensmännner die Anordnungen der Ernährungsämter allen Interessen — also auch den jüdischen werden gerecht werden. Selbst wenn dies der Fall wäre. ist es eine unzweifelhaft berechtigte Forderung, wenn wir die Zuziehung jüdischer Vertrauensmänner zum Haupternährungsamt verlangen. Wir beanspruchen grundsätzlich in allen Fällen, in denen Juden wesentlich interessiert sind, mitzuberaten und mitzubestimmen. Nur dann haben wir eine reale Garantie für die Annahme, dass auch die Interessen der Juden bei allen sie mitbetreffenden Entscheidungen gebührend vertreten und gewürdigt werden, nur dann werden wir die jüdische Gemeinschaft von der durch mancherlei sehr eindeutiger Anordnungen lokaler polnischer Behörden*) genährten Befürchtung befreien, dass ihre Angehörigen aus ihren Wirkungs- und Erwerbskreisen herausgedrängt und ihrer Existenz beraubt werden sollen. Man betrachte uns nicht als ein Häuflein von Juden, die um ein paar Privilegien betteln,

*) So hat z. B. die Rada Ludowa in Schrimm am 9. 1. 1919 eine Verordnung betreffend die zum Ankauf von Vieh berechtigten Commissionäre erlassen, durch die im Kreise Schrimm alle jüdischen Commissionäre ausgeschaltet werden.

sondern als eine nationale Minorität, die das ihr nach dem jetzt geltenden Völkerrecht zukommende Recht beansprucht. Wir lehnen es ab, nur Objekt der Gesetzgebung und Verwaltung zu sein. Es muss notwendiger Weise Unwillen und neue Besorgnis bei der jüdischen Bevölkerung erregen, wenn polnischerseits die erste Möglichkeit, platonische Loyalitätserklärungen in die Tat umzusetzen, ungenutzt vorübergelassen wird.

Der jüdische Volksrat hat sich wegen der Ausschaltung der Juden bei Gründung des Haupternährungsamts beschwert, jedoch ohne Erfolg. Herr Korfanty, dem unsere Forderung zuerst vorgetragen wurde, verhielt sich zwar durchaus nicht abweisend. Schliesslich erhielten wir aber vom Obersten Polnischen Volksrat ein Schreiben, in dem die Zuziehung von Juden zum Haupternährungsamt abgelehnt wurde.

Die Frage der Beteiligung der Juden in der Verwaltung der Ernährungsämter war schon einmal bei Beginn der Revolution akut. Als man damals die Errichtung eines Provinzialernährungsamts beschloss, wurde jüdischerseits, nämlich vom Rechtsanwalt Rosentreter, angeregt, auch einen jüdischen Vertrauensmann zu berufen. Der Posener Oberbürgermeister von Drwęski wies diese Forderung zurück und begründete seine ablehnende Haltung mit der Erklärung, ein jüdischer Name würde in der polnischen Bevölkerung den Anschein erwecken, als gäbe es da 'was zu verdienen. In der Tat wurde kein Jude mitberufen.

Die Aeusserung des Oberbürgermeisters gibt mit bewundernswerter Offenheit die Stimmung wieder, die in weiten polnischen Kreisen gegen die jüdische Bevölkerung herrscht. Es ist dies übrigens nicht der einzige Fall, in dem polnischerseits darauf hingewiesen worden ist, man dürfe einen jüdischen Namen nicht an eine exponierte Stelle setzen, weil dies auf das nun einmal antisemitisch gesinnte polnische Volk aufreizend wirke. Eine künftige polnische Regierung wird mit dieser Gesinnung des polnischen Volkes rechnen und ihre Wirtschaftspolitik danach einrichten. Sie wird es auch sicherlich nicht unterlassen, bei Anordnungen, die die jüdische Bevölkerung beschweren, auf diesen „moralischen Druck“ hinzuweisen. Um so mehr haben wir, die wir möglicherweise selbst zu Polen gehören, in jedem Falle aber in einem Lande mit polnischer Mehrheit und einer Verschiedenartigkeit der nationalen Autonomieen leben werden, schon jetzt, bevor es zu spät ist, die unabwendbare Pflicht, laut und rücksichtslos unsere Stimmen zu erheben, um auszusprechen, was ist, und was kommen kann. Wir müssen uns vor Augen halten, dass eine wirtschaftliche Katastrophe kommen kann, die nicht allein unsere Stammesbrüder in Polen, sondern auch uns zu Grunde richtet, gleichgiltig, ob wir Posener zu Polen geschlagen werden oder bei Deutschland bleiben.

II.

Ich habe schon angedeutet, dass die oben dargestellten Posener Geschehnisse nicht nur lokale Bedeutung haben, sondern als Symptome zu werten und als ein Schatten aufzufassen sind, den die von einflussreichen und zahlreichen Polen befürwortete Wirtschaftspolitik vorausgeworfen hat. Die Tendenz dieser Wirtschaftspolitik erhellt klar aus dem weit verbreiteten Buche von Eugen Starczewski „Die polnische Frage und Europa“ (Berlin 1913) und wird neuerdings in einer Broschüre propagiert, die den Warschauer Professor Michalski zum Verfasser hat, und die im „Hamburger Isr. Familienblatt“ vor kurzem in verdienstvoller Weise besprochen worden ist. („Moyen de résoudre la question juive en Pologne“. Lausanne 1918.)

Wollte man den Inhalt dieser und ähnlicher Schriften einfach mit dem Schlagwort „antisemitisch“ brandmarken und abtun, so würde dies eine recht leere und naive Kritik sein. Man muss vielmehr erkennen, dass die darin verfochtenen Tendenzen dem begreiflichen Nationalegoismus eines neu zur Geltung gelangenden und bisher unterdrückten Volkes entspringen, dass fast die gesamte polnische Intelligenz sie sich zu eigen gemacht hat, und dass sie zum Programm der mächtigen nationaldemokratischen Partei gehören. Sie gipfeln — auf knappste zusammengefasst — in folgendem: Die Juden in Polen seien zum wesentlichsten Teil Träger des Handels. Es sei eine Wirtschaftsnotwendigkeit für Polen, dass den Juden der Handel nebst den dazu gehörenden Interessenzweigen entrissen werde. Zu diesem Zwecke müssten sie in erster Linie aus dem Grosshandel verdrängt werden. Das geschehe am besten durch Einführung staatlicher Monopole, Konzessionen und Privilegien zugunsten der polnischen Staatsangehörigen und ähnliche staatliche Machtmittel. Die Folge müsse die Herabdrückung der nicht auswandernden Grosshändler in den Kleinhandel sein. Den Kleinhändlern aber müsse die Existenzmöglichkeit durch grosszügige Ausgestaltung des Genossenschaftswesens entzogen werden. Bis in die kleinsten Flecken müssten die Genossenschaften ihren Wirkungskreis erstrecken und so dem jüdischen Handel den Garaus machen. Hinzukommen müsse das Verbot, mindestens die starke Einschränkung, des Landerwerbes durch die Juden und vor allem der Boykott aller Nichtpolen in sämtlichen Berufszweigen, welch letzterer durch systematische ökonomische Erziehung des polnischen Volkes zu einem wesentlichen Bestandteil des polnischen Patriotismus gemacht werden müsse. Mit diesen Mitteln würde eine Verelendung der jüdischen Massen und eine unblutige Vernichtung oder Evakuation der Juden herbeigeführt werden. — Daneben sei der Palästinagedanke unter den Juden zu stützen und wachzuhalten und die freiwillige Uebersiedelung nach Palästina oder anderen Ländern zu fördern.

Das oberste Prinzip, von dem eine solche Wirtschaftspolitik diktiert wird, ist das, dass in einem gemischtnationalen Staate die Majoritätsnation die herrschende ist, und dass ihre Regierung die ganze Tätigkeit nur auf das Wohl und Wehe der eigenen Stammesangehörigen einzustellen habe. Dieses Bestreben dürfe auch durch den dadurch herbeigeführten Ruin der Minoritäten nicht gehemmt werden. — Dass eine auf diesem Prinzip aufgebaute Wirtschaftspolitik, die für die davon betroffenen Minoritäten zu katastrophalen Ergebnissen führen muss, von den Juden Polens mit allen Mitteln bekämpft werden wird, wird auch jedem Polen begreiflich sein. Dem Nationalegoismus der Polen müsste, wenn sie die Prinzipien, unter denen sie selbst bisher gelitten haben, auf die Juden anwenden wollten, mit äusserster Energie das nationale Lebensrecht der jüdischen Minorität entgegengesetzt werden. Unsere Kardinalforderung ist die, dass auch den Juden Polens gegenüber die G e r e c h t i g k e i t zum obersten Regierungsprinzip gemacht wird. Die Gerechtigkeit, die wie ein roter Faden sich hinzieht durch den Geist der Gebote, die Wilson für das Leben der Nationen untereinander aufgestellt hat, ist durch feierliche Erklärung aller Kulturvölker zum sittlichen Grundgesetz erhoben worden. Die Gerechtigkeit soll die Welt vom Rassenhass, vom Klassenhass, von Krieg und Verbitterung erlösen, sie soll der leidenden Menschheit das Glück bringen. Das ist nur möglich, wenn die Gerechtigkeit für die kleinste und schwächste Nation dieselbe ist, wie für die grösste und mächtigste, wenn ihre Verwirklichung für die kleinsten Nationen mit denselben Machtmitteln erzwungen wird, wie für die mächtigsten Nationen. In derselben Botschaft des Präsidenten Wilson, deren berühmter Punkt 13 zit. nach der „Zukunft“ vom 14. 12. 1918 die Auferstehung des polnischen Reiches verkündete, heisst es:

*) zit. nach der „Zukunft“ vom 14. 12. 1918.

„Das ganze Programm, das ich verkündete, rankt sich um den einen Grundsatz: Allen Völkern, starken und schwachen, allen Stämmen, grossen und kleinen, gleiches Recht, in gesicherter Freiheit so zu leben, wie ihnen beliebt. Der Bau internationalen Rechts kannn weder ganz noch in irgend einem Teil standhaft dauern, wenn ihn nicht dieser Grundsatz als Grundmauer stützt."

Ferner heisst es in einer Rede Wilsons vom 11. 2. 1918:

„Der Krieg ist entstanden, weil den kleinen Völkern, den machtlosen Volkssplittern die Einigung nicht gegönnt, das Selbstbestimmungsrecht, nach dem sie ihr Leben gestalten wollten, verwehrt wurde. Das darf nicht wieder sein; und die Verträge, die solchen Misstands Wiederkehr hindern, müssen auf die Bürgschaft aller Völker gestützt sein, die um jeden Preis die Gerechtigkeit, als ein heiliges Gut, schützen wollen."

Endlich lesen wir in der ebenfalls berühmten Rede Wilsons vom 27. 9. 1918:

„Das Sonderinteresse irgend einer einzelnen Nation oder Gruppe darf, wenn es nicht mit dem Gesamtinteresse vereinbar ist, niemals die Grundlage eines Vertragsteils werden . . . . .

In diesem Bunde darf auch der wirtschaftliche Verkehr nicht von selbstsüchtigem Gezettel bestimmt werden; Boykott und Aussperrung in irgendwelcher Form sind unerlaubt . . . . .

Diese sämtlichen Sätze sind von allen Völkern als Grundlage des kommenden Friedens anerkannt worden. Diesmal werden die Juden nicht die Ausgeschlossenen sein. Auch ihnen wird Gerechtigkeit werden.

Die Gerechtigkeit erfordert, dass der Staat für das Wohl und Wehe aller Staatsbürger gleichmässig sorgt. Das muss vor allem in gemischtnationalen Staaten gelten. Die Nation, die in gemischten Staaten die Regierung führt, übernimmt damit die Pflicht, eine allen Staatsbürgern gegenüber gleichmässig gerechte Politik zu treiben. Sie hat keinen Freibrief zur Ausbeutung und wirtschaftlichen Vernichtung der Minorität. Gewiss hört man gegenüber diesen Prinzipien oft den Einwand, dass ja dann die „herrschende" Nation, z. B. die Polen, gar nicht Herr im eigenen Hause werden könnten. Aber dieser Einwand geht fehl. Im gemischtnationalen Staate hat die herrschende Nation — richtiger gesagt die Majoritätsnation — weder Herrenrechte, noch ist das Land als ihr eigenes Haus zu bezeichnen. Es ist nun einmal das Pech der in gemischtnationalen Staaten vorherrschenden Nation, dass sie nicht alles Vermögen und alle Vorteile in der Hand ihrer Angehörigen vereinigen darf. Nur ein gesunder und verständiger Interessenausgleich zwischen den Nationen kann das Ziel der gerechten Wirtschaftspolitik sein.

Es soll nicht verkannt werden, dass im polnischen Staate in wirtschaftlicher Beziehung grundlegende Aenderungen erstrebt werden müssen, und wir billigen die in der Kundgebung des Obersten Polnischen Volksrats vom 13. 12. 1918 enthaltene Forderung der sozialen Umschichtung. Vielleicht dürfen wir annehmen, dass darin ein Gegensatz zu den vorher geschilderten und bekämpften Tendenzen liegt. Denn die Absicht der sozialen Umschichtung verträgt sich doch nicht mit der Absicht der Vernichtung und Verdrängung. Auch wir wünschen sehnlichst eine ökonomisch vernünftige Verteilung der Juden auf die verschiedenen Berufszweige, auf akademische Berufe, auf Handel und Gewerbe, Handwerk, auf Beamtentum und last not least auf die Landwirtschaft. Eine solche Umschichtung wird sich natürlich nicht ruckweise, sondern ganz allmählich vollziehen und von einem jüdischen Wirtschaftsamt, dem gewisse staatliche Funktionen zu übertragen sind, geleitet werden müssen. Ebenso wünschen wir in Uebereinstimmung mit den Polen eine allmähliche, freiwillige Uebersiedelung eines Teils der polnischen Juden nach Palästina, soweit die Aufnahmefähigkeit dieses Landes reicht. Wir sind gleichfalls mit dem Obersten Polnischen Volksrat darin einig, dass die den Juden zu garantierende Freizügigkeit und die damit verbundene Aufhebung jedes Grenzschlusses nach Osten und Westen regulierend wirken wird. Wir sind überhaupt der Ansicht, dass sich die wirtschaftliche Judenfrage in Polen durch wohlwollende Vereinbarungen im Geiste der Gerechtigkeit wird regeln, und dass sich ein alle objektiv Denkenden befriedigender modus vivendi zwischen Polen und Juden wird schaffen lassen.

Immerhin gibt die oben dargelegte und auch in der Kundgebung des Obersten Polnischen Volksrats vom 13. Dezember 1918 zugegebene judenfeindliche Stimmung im polnischen Volke zu denken, und wir müssen fürsorglich auf Sicherungen bedacht sein.

Der Schutz, den die Juden in den polnischen Gebieten brauchen, ist in der Forderung der jüdischen Autonomie zusammengefasst. Wesentlich ist hierbei, dass auch das Genossenschaftswesen der autonomen Regelung unterstellt wird. Die genossenschaftliche Organisation könnte allenfalls ein Mittel sein, um den Juden einen einigermassen wirksamen Schutz gegen eine ausgesprochen feindliche Wirtschaftspolitik der Polen zu verschaffen. Untersteht die Regelung des Genossenschaftswesens nicht der autonomen Regelung, so sind die Juden für den Fall eines „Wirtschaftskrieges" der Polen zur völligen Ohnmacht und Widerstandsunfähigkeit verurteilt, denn die Polen könnten ja im Besitze der Macht durch Verwaltung und Gesetzgebung die wirtschaftliche Organisation der Juden beliebig einengen. — Wesentlich ist ferner die ausdrückliche Garantie für die Freiheit des Landerwerbes, eine Frage, die unter die Rubrik der persönlichen Gleichberechtigung fällt. — Auch die bereits erwähnte Forderung eines jüdischen Wirtschaftsamts ist hier aufzustellen.

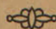
Man muss sich darüber klar sein, dass alle diese und auch noch weitergehende Mittel nicht ausreichen, um die Juden für den Fall einer wirklich ihnen feindlichen Wirtschaftspolitik auf die Dauer zu schützen. Dazu bedarf es stärkerer Machtmittel. Und diese werden in dem zu gründenden Völkerbunde vereinigt sein. Deshalb muss unser ganzes Streben darauf gerichtet sein, dass die Friedenskonferenz die Rechte der Juden in den polnischen Gebieten — ebenso wie in anderen Ländern, wo sie in Massen wohnen — genau abgrenzt, und mit ihren Machtmitteln garantiert. Die von den Vertretern des jüdischen Volkes aufzustellenden Forderungen sind folgende:

1) persönliche Gleichberechtigung der Juden (Grundrechte, Freiheit des Landerwerbes u. s. w.),
2) Anerkennung der Juden in den Gebieten mit polnischer Mehrheit als eine nationale Minorität,
3) Zuerkennung der Autonomie, wobei der Inhalt des Begriffs Autonomie erschöpfend durch Kongressbeschluss festzustellen ist,
4) Zuteilung gewisser wirtschaftspolitischer Organisationsbefugnisse (Genossenschaftswesen u. s. w.) an die Träger der jüdischen Autonomie,
5) Anerkennung des Grundsatzes, dass in gemischtnationalen Gebieten die Politik nicht nur auf das Wohl und Wehe der Majoritätsnation und ihrer Angehörigen, sondern unter gerechter Abwägung aller Interessen auf das Wohl und Wehe der Gesamtheit der Staatsbürger einzustellen ist.

Wir dürfen zu der Friedenskonferenz das Vertrauen haben, dass sie uns Juden nach den langen Jahrhunderten unend-

lichen Leidens ein freies und gesichertes Leben bescheren wird. Wir wollen aber auch die Hoffnung aussprechen, dass die Polen die Sicherung unserer Rechte in ihren Gebietsteilen ohne Missgunst hinnehmen werden. Mögen sie dessen eingedenk sein, dass die Forderung des nationalen Selbstbestimmungsrechts, wie überhaupt der Nationalismus, erst dann eine Kulturforderung wird, wenn er sich nicht im nationalen Egoismus erschöpft, sondern das Glück der gesamten Menschheit in seine Ziele aufnimmt. Nationalismus ist kein Endzweck, sondern ein Mittel zur Herbeiführung der Gerechtigkeit, des Friedens und des Glückes für alle.

Dr. Paul Chone.



Nationales Selbstbestimmungsrecht der Juden in den polnischen Landesteilen.

Im „Dziennik Poznanski" vom 17. Dezember 1918 bringt Herr A. Choloniewski einen Aufsatz mit der Ueberschrift: „Wir, die Juden und der Kongress". Der Verfasser macht es den Juden zum Vorwurf, dass sie in Polen jüdische Rechte erstrebten, die man „unschuldig als national-kulturelle Autonomie bezeichnet. „Mit einem Worte" — so meint er — „ausser dem neuerstandenem Palästina wünschten die Nationaljuden ein zweites, ein Kolonialland: Judaeo-Polen, gegründet auf dem Fundament des polnisch-jüdischen Condominium". Choloniewski hält dieses Verlangen für eine Undankbarkeit der Juden, die seit Jahrhunderten in Polen stets die denkbar beste Behandlung gehabt hätten. Zum Schluss weist er darauf hin, „dass in Polen das jüdische Element über das menschliche Mass vertreten sei", dass Polen fast 2 Millionen Juden ernährt, während auf der anderen Seite 4 Millionen Polen ihr Brot in Amerika verdienen müssten und jährlich ½ Million Polen ausser Landes als Saisonarbeiter gingen.

Ganz im Gegensatz hierzu äussert sich der Oberste Polnische Volksrat (Komisarjat Naczelnej Rady Ludowej) in einer offiziellen Erklärung vom 13. Dezember 1918 über seine Stellung in der jüdischen Frage. Er sagte u. a.:

> „Der Oberste Polnische Volksrat steht auf den Standpunkt, dass die jüdischen Bewohner der polnischen Volksrepublik sich völliger Gleichberechtigung erfreuen müssen. Jedwede Ausnahmebehandlung der jüdischen Bevölkerung im Staate Polen ist zu verwerfen. Auf die Eigenart der Juden ist in der gesamten Verwaltung des Staates gebührende Rücksicht zu nehmen."

Eine mündliche Erklärung der polnischen Führer hierzu lässt keinen Zweifel darüber, dass die leitenden Persönlichkeiten der polnischen Bewegung mit diesen Sätzen dem Judentum in den polnischen Landen das Recht der nationalen Autonomie zuerkennen.

Die beiden obigen Aeusserungen sind die Ergebnisse gänzlich verschiedener Grundanschauungen. Der Artikelschreiber des „Dziennik Poznanski" wünscht, dass die Bewohner Polens, d. h. derjenigen Länder des bisherigen preussischen, russischen und österreichischen Staatsgebiets, welche früher zum Königreich Polen gehörten, eine geschlossene Nation bilden; alles was innerhalb der obigen Grenzen wohnt, muss sich nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch kulturell der herrschenden Nationalität fügen, sich ihr angleichen, um überhaupt auf polnischem Gebiet eine Existenzberechtigung zu haben. Es ist das der Standpunkt, den bisher das Deutsche Reich und Preussen in den gemischtsprachigen Landesteilen, den Elsass-Lothringern, Dänen und Polen gegenüber eingenommen hatte, jene Politik, die ihren krassesten Ausdruck im „Enteignungsgesetze" gefunden hatte, und die mit Recht von der polnischen wie von der liberalen deutschen Presse auf das allerbitterste bekämpft wurde.

Schon deshalb konnten die Führer der Polen, welche das neue Entstehen des polnischen Reiches vorbereiten, sich nicht zu diesem nationalen Egoismus bekennen, den sie soeben als schmählich und ungerecht gebrandmarkt hatten. Aber neben diesen idealen Gründen mussten auch Gründe praktischer Staatsklugheit sie dazu bestimmen, den Völkern, die auf polnischem Gebiet wohnen werden, alle die Rechte und Freiheiten zu gewähren, die zu einem friedlichen Beisammenleben und zu einer gemeinsamen wirtschaftlichen Tätigkeit aller Landesbewohner ohne Rücksicht auf die Nationalität erforderlich sind. Als das einzige Mittel zur Erreichung dieser Ziele erscheint den Polenführern das nationale Selbstbestimmungsrecht der Juden und die Berücksichtigung ihrer Eigenart als Volk und Kulturgemeinschaft.

Es gibt aber noch heute in allen Lagern Leute, welche zwar an sich den Gedanken der nationalen Selbstbestimmung der Völker für das Heilmittel zur Gesundung der Verhältnisse in den Gebieten halten, in denen mehrere Nationalitäten neben einander wohnen, die aber gerade den Juden den Anspruch auf nationale Autonomie bestreiten. Man erkennt es als berechtigt an, wenn Wilson in den 14 Punkten seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 für die Völker Oesterreich-Ungarns und des türkischen Reiches „eine vollkommen unbeeinträchtigte Gelegenheit zu autonomer Entwickelung" verlangt; aber man bestreitet vielfach, dass die Juden ein Volk sind, das Anspruch auf sein Selbstbestimmungsrecht habe. Der Einwand ist heute unberechtigter als je, wo die Grossmächte, welche in diesen Wochen über die Gestaltung der Erde zu entscheiden haben, durchweg in amtlichen Erklärungen sich dafür ausgesprochen haben, dass Palästina dem jüdischen Volke als Heimatsland überlassen werde. Leute, die die gemeinsame Sprache als Kennzeichen einer Nation ansehen, das Vorhandensein einer solchen aber bei den Juden bestreiten, ist entgegenzuhalten, dass in den Ländern, in denen die grosse Menge der Juden ihren Wohnsitz hat, die jüdische Sprache ein einigendes Band um sie schlingt; so sprachen im Jahre 1913 von den 1 957 000 Juden Konpresspolens rund 1 942 000 Personen den Jargon (Kaplun-Kogan, Jüdische Sprach- und Kulturgemeinschaft in Polen, Berlin—Wien 1917). Und wer mit der modernen jüdischen Bewegung vertraut ist, kennt die ständige Entwicklung der hebräischen Sprache, die dazu bestimmt ist, wie sie die Sprache unserer Väter war, auch die unserer Söhne zu werden.

Vor allem aber ist — und das scheint das Entscheidende zu sein — in der grossen Menge der Juden ein unbeugsamer Wille zur Nationalität. Selbst ein Mann wie Gothein, der als Führer des Deutschen Liberalismus die Juden nur als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens ansehen kann, muss in seinem Aufsatz „die Juden in Polen" im „März" vom 25. März 1916 sagen: „Ihre (der Juden in Polen) grosse Mehrheit fühlt sich als besonderes Volk, als Stamm, als Nationalität". Auch in Westeuropa wird die Zahl derer, die sich als Angehörige des jüdischen Volkes fühlen, denen die jüdische Religion zwar ein wichtiger Bestandteil der jüdischen

Kultur, aber nicht das einzige Verbindende der Juden ist, von Tag zu Tag grösser, und die Zeit ist wohl nicht mehr so fern, wo auch in Deutschland die Gegner des jüdischen Nationalbewusstseins in die Minderheit kommen werden. Dass gerade in der besonders hierbei interessierten preussischen Provinz Posen Deutsche wie Polen bewusst und unbewusst die Bevölkerung nach den drei Nationalitäten einteilten und einteilen, ist eine Erfahrung, die wir seit Jahrzehnten immer wieder machten, und die nur nebenbei erwähnt werden soll. Die Führer des Polentums haben daraus die richtige Folgerung gezogen. Sie haben nicht nur den „jüdischen Volksrat" in Posen als ein dem polnischen und deutschen gleichgeordnetes Organ und als die zur Vertretung der Juden allein berechtigte Körperschaft anerkannt, sondern ihnen auch in der obigen Erklärung das nationale Selbstbestimmungsrecht zugebilligt.

Ist so die nationale Selbstbestimmung ein Recht, das uns zusteht, und das uns auch von den entscheidenden polnischen Faktoren nicht bestritten wird, so haben wir weiter zu prüfen, ob wir es auch zu erstreben haben, oder ob es in unserem Interesse liegt, darauf zu verzichten. Für die Beantwortung der Frage ist, soweit die heute preussischen Landesteile in Betracht kommen, die eine überwiegend polnische Bevölkerung haben, folgendes zu erwägen: Was über diese Gebiete, also namentlich über die Provinz Posen in ihrer Gesamtheit oder über ihre überwiegend polnische Kreise der Friedenskongress bestimmen wird, steht dahin. Auf alle Möglichkeiten müssen wir vorbereitet sein.

Wenn das polnische Reich als ein einheitlicher Staat gegründet und ihm die bezeichneten Teile der preussischen Ostmarken einverleibt werden, so bilden die Juden nicht nur wie heute in der Provinz Posen, eine wirtschaftlich bedeutende sondern auch mit ihren rund 4 Millionen Menschen eine zahlenmässig entscheidende Rolle. Hierbei sei besonders darauf hingewiesen, dass die Juden in Kongresspolen in Jahre 1913 nicht weniger als 15% der Gesamtbevölkerung bildeten, in der Stadt Warschau sogar 31,4%, in Lublin 22,3%, in Siedlce 21,7%, in Lomza 19,0%, (Kaplun-Kogan a. a. O.) Da wohl niemand es ernstlich für möglich halten wird, in einem einheitlichen Staate die bisherigen preussisch-polnischen Juden dauernd anders wie die bisherigen russisch-polnischen Juden zu behandeln, so werden sich die Ersteren als die Minderheit der Mehrheit anschliessen müssen. Für diese aber sagt selbst Gothein (a. a. O.) mit Recht: „Die grosse Masse der polnischen Juden will dagegen auch politisch als eigene Nationalität angesehen werden, und in getrennter Kurie wählen". Und weiter: „Sieht man sich aber schon der anderen Nationalitäten wegen doch zum nationalen Wahlmatrikel genötigt, so ist nicht recht einzusehen, warum sie den Juden vorenthalten werden soll. Den Assimilatoren würde es so wie so freistehen, sich in die nationalpolnische Matrikel einzutragen". Dieses Recht wird man allerdings nicht bestreiten können, wenn man als subjektives Kennzeichen der Nationalität den freien unbeeinflussten Willen eines jeden grossjährigen, verfügungsberechtigten Bürgers ansieht (so Franz Oppenheimer, Nationale Autonomie „Neue Rundschau" Februar 1917) oder zum mindesten die freie Willensbestimmung als mitentscheidend für die staatsrechtlich erhebliche Nationalität ansieht. Werden die Provinz Posen und andere Teile Preussens ganz oder teilweise dem polnischen Reich einverleibt, so werden sich sicherlich auch Juden finden, welche sich für die deutsche Nationalität entscheiden, und es besteht weder die Möglichkeit, noch ein Recht, dies zu verhindern. Aber wer von der Lebensfähigkeit des Judentums überzeugt ist, wird wohl bald erkennen, dass er sich damit eine Zwitterstellung schafft, und dass ein freies, ungehindertes kulturelles Leben nur dem Juden möglich ist, der sich der jüdischen Kurie anschliesst.

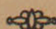
Bleibt die Provinz Posen dagegen ein Bestandteil des Deutschen Reiches, sei es als autonomer Bundesstaat oder als Provinz eines einheitlichen Deutschen Reiches, so ist kein Zweifel, dass dann die Polen durch die ihnen befreundete Entente die Zusicherung einer absolut gewährleisteten Autonomie für sich in Anspruch nehmen müssen. Und es fragt sich: Was soll nun mit den Juden geschehen? Sollen sie sich zur deutschen Kurie bekennen, weil sie bisher deutsche Kultur genossen haben? Oder sollen sie sich den Polen, die zahlenmässig und vielleicht auch, wenn ein Teil der Bevölkerung und namentlich die Beamten, nach dem Westen abwandern, wirtschaftlich das Uebergewicht haben würden, anschliessen? Gewiss wird das Letzere zunächst nur selten geschehen, aber in jahrzehntenlangem Beieinanderwohnen werden wohl viele ehemals deutsche Juden auch das Bedürfnis spüren, polnische Staatsbürger jüdischen Glaubens zu werden. Die obigen Fragen aufwerfen, heisst schon sie in dem Sinne beantworten, dass nur Einzelne nach der einen oder anderen Seite abschwenken werden. Die grosse Menge wird unzweifelhaft bald einsehen, dass die Deutschen wie die Polen andere Interessen in kultureller Beziehung haben, wie die Juden. Gewiss wird sich in einzelnen Beziehungen, so vielleicht in kleineren Städten in Schulangelegenheiten, in Wohlfahrtssachen u. s. w. ein Zusammengehen mit den anderen Kurien hier und da als nötig erweisen. Das aber hindert nicht das Selbstbestimmungsrecht, d. h. das Recht der Juden, aus eigener staatlich gewährleisteter Machtvollkommenheit ihre Angelegenheiten zu ordnen und darüber zu entscheiden, inwieweit sie selbständig oder als gleichgeordneter Faktor mit den anderen Kurien handeln sollen.

Schliesslich besteht auch noch die Möglichkeit, dass aus den bisherigen preussisch-polnischen Gebieten ein autonomer Staat mit irgend einer staatsrechtlichen Anlehnung an das grosspolnische Reich begründet wird. In diesem Falle würden die deutschen Bewohner dieser Gebiete unbedingt das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch nehmen, um nicht allmählich einer Polonisierung zum Opfer zu fallen. Für die Juden würde sich dann als Mittelglied dieselbe Stellung ergeben wie in dem Falle, dass die Gebiete deutsch bleiben, d. h. auch in diesem Falle können die Juden neben der polnischen und der deutschen Kurie nur in einer besonderen jüdischen Kurie ihr Heil finden.

Wie das Selbstbestimmungsrecht in einzelnen auszugestalten ist, geht über den Rahmen dieses Aufsatzes hinaus. Nur andeutungsweise sei bemerkt, dass jeder Kurie das unbeschränkte Verwaltungs- und Finanzrecht zustehen muss. Jede Kurie muss auch über ihr Schulwesen, ihre kulturellen insbesondere religiösen Einrichtungen, und über die Wohlfahrtspflege selbstständig zu entscheiden haben.

Die Welt steht im Zeichen des Nationalismus, die grossen territorialen Veränderungen in allen Erdteilen, die uns die Friedenskonferenz bringen wird, werden von nationalen Gesichtspunkten aus getroffen werden. Die Juden, die in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl in Europa sich, wie oben gezeigt, als Angehörige der uralten und ewig neuen Nation fühlen, erhalten in Palästina ihr kulturelles auf ihrer Nationalität erbautes Zentrum, und es erwächst ihnen hieraus und aus der Erwägung, dass sie sonst zwischen den anderen Nationen der Welt zerrieben werden, die eiserne Pflicht, ihre nationale Rechte auch in den Ländern der Diaspora anzumelden und vorzubereiten.

Rechtsanwalt Manheim.



Aus unserer Urkundenmappe.

Erklärung des Obersten polnischen Volksrats in der jüdischen Frage.

Seitens der interessierten Kreise ist man an den Obersten polnischen Volksrat zu Posen mit der Frage herangetreten, welche Stellung er in der jüdischen Frage einnehme.

Infolgedessen erklären wir Folgendes:

Der Oberste polnische Volksrat seht auf dem Standpunkt, dass die jüdischen Bewohner der polnischen Lande in der polnischen Volksrepublik sich völliger Gleichberechtigung erfreuen müssen.

Jedwede Ausnahmebehandlung der jüdischen Bevölkerung im Staate Polen ist zu verwerfen. Auf die Eigenart der Juden ist in der gesamten Verwaltung des Staates gebührende Rücksicht zu nehmen. Die polnische Regierung im Einvernehmen mit den Juden hat Massnahmen zu treffen, welche in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung die jüdischen Massen zu treuen Staatsbürgern der polnischen Volksrepublik erziehen sollen. Vor allen Dingen sind weitgehende Massnahmen zu treffen, welche möglichstbald eine soziale Umschichtung des jüdischen Proletariats ermöglichen. Auf Grund der ausgeschriebenen Wahlen zur polnischen Konstituante ist den Juden die Möglichkeit gegeben, die Vertreter ihrer Interessen in die beschlussfassende polnische Nationalversammlung zu entsenden. Niemand soll sie an der Ausübung dieses Bürgerrechtes hindern.

Wir geben zu, dass die gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und Juden augenblicklich in Polen höchst gespannt sind. Sie sind das Produkt einer abnormen geschichtlich-wirtschaftlichen Entwicklung und der verhetzenden Politik der zaristischen Regierung. Viel hat auch zur Verschlechterung der jüdisch-polnischen Beziehungen beigetragen die schändliche Politik des alten deutschen Regimes während der Okkupationszeit. Es ist ferner festzustellen, dass die Juden als Kenner der deutschen Sprache in grosser Zahl sich während der Okkupation in den Dienst der Deutschen gestellt und namentlich bei Requisitionen mitgewirkt haben. Dieser Umstand hat eine grosse Erregung in der polnischen Bevölkerung hervorgerufen.

In Anbetracht der gespannten gegenseitigen Beziehungen von Juden und Polen fordert der Oberste polnische Volksrat in Posen beide Teile der Bevölkerung zur Mässignng. Einsicht und gegenseitiger Duldung auf. Von der jüdischen Bevölkerung erwarten wir, dass sie in gegenseitigem und im Interesse des Staates, innerhalb dessen sie sich völliger bürgerlicher Gleichberechtigung erfreuen soll, die Ausstreuung falscher oder übertriebener Nachrichten über Judenverfolgungen in Polen unterlässt, welche im Effekt dem polnischen Staate schaden und seinen Feinden nützen sollen. Die jüdische Bevölkerung muss sich auch in ihrem eigenen Interesse von jeder Teilnahme an polenfeindlichen Bestrebungen fernhalten.

Der am 3., 4 und 5. Dezember d. J. in Posen versammelte polnische Landtag hat feierlich erklärt, dass der polnische Volksstaat sich nur auf weitester Toleranz aufbauen könne im Anschluss an die freiheitlichen Traditionen des alten Polens, welches in den Zeiten der schlimmsten Gewissensbedrückung nicht nur Juden, sondern allen Verfolgten Gastfreundschaft gewährte.

Im Einklang mit diesen polnischen Traditionen und den Beschlüssen des in Posen versammelten Landtages verurteilt der Oberste polnische Volksrat auf das Schärfste alle Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung und verlangt, soweit sie vorgekommen sind, deren strengste Bestrafung.

Im übrigen wird der Oberste polnische Volksrat seinen Einfluss dafür einsetzen, dass den Juden keine Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Freizügigkeit von einem Staate zum andern bereitet werden.

Posen, den 13. Dezember 1918.

Komisarjat Naczelnej Rady Ludowej

gezeichnet

Adamski. Wojciech Korfanty. Seyda. Poszwinski. J. Rymer.

Rundschreiben des Jüdischen Volksrats Posen an die Juden der Provinz Posen.

Ende Dezember 1918.

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung stehen nahe bevor. Wir sind vielfach ersucht worden, zu diesem auch die Juden unserer Provinz stark berührenden Ereignis Stellung zu nehmen. Nach eingehender Prüfung sind wir zu folgendem Ergebnis gelangt:

1. Von der Aufstellung einer eigenen jüdischen Liste nehmen wir Abstand. Zwar wäre diese Lösung der Frage die folgerichtige Fortsetzung unserer bisherigen Politik gewesen. Allein die Erkenntnis, dass einerseits ein praktischer Erfolg nicht zu erwarten steht, andererseits eine vollzählige und gleichmässige Stimmabgabe aller Juden kaum zu erreichen ist, jede Absplitterung von Stimmen aber die Zahl und Macht der Juden in der Provinz kleiner erscheinen lässt, als sie tatsächlich ist, haben uns bestimmt, von der Aufstellung eigener Kandidaten Abstand zu nehmen.

2. Wir überlassen es deshalb unseren Anhängern, bei den Wahlen denjenigen Parteien ihre Stimme zu geben, bei denen sie ihre allgemein politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen am besten vertreten glauben.

3. Wir erwarten jedoch von allen Juden, dass sie bei der Wahl und insbesondere während des Wahlkampfes in den nationalen Kampf zwischen Deutschen und Polen nicht eingreifen, und dass sie sich insbesonders nicht zu Wortführern fremdnationaler oder fremd-völkischer Parteien und Gruppen machen.

Der Ausschuss.

Rundschreiben der thoratreuen Vereine der Stadt Posen.

Posen, den 20. November 1918

Der „Zentral-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Posen“ empfiehlt in einem Rundschreiben vom 19. d. Mts., sich von öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen der nationaljüdischen Bewegung in Posen im Interesse der Geschlossenheit des Judentums fernzuhalten.

Gegen diese Boykotterklärung, die sich gegen einen Teil der jüdischen Gemeinschaft richtet, muss Verwahrung eingelegt werden. Der Boykott ist eine verwerfliche Waffe, die, besonders auf geistigem Gebiete angewandt, bestehende Gegensätze verschärft und Gehässigkeit hervorrufen muss.

Das Interesse der Geschlossenheit des Judentums, die durch das Rundschreiben angeblich gewahrt werden soll, und die uns in dieser ernsten Zeit so bitter not tut, wird durch die gehässige Boykotterklärung aufs Gröblichste verletzt.

Gegen die Behauptung des Rundschreibens, dass wir „eine Glaubensgemeinschaft, nicht aber ein jüdisches Volk sind und sein wollen“ erklären wir,

dass wir Juden, das alte VOLK der Bibel, das älteste VOLK der Weltgeschichte waren, sind und bleiben werden, das den Jahrtausenden getrotzt hat und durch Gottes Gnade nach göttlicher Verheissung nicht untergehen wird;

ein VOLK, das durch seinen Nationalbesitz, die Thora, charakterisiert und geadelt wird;

ein VOLK, das sich seit Urbeginn als Gottesvolk gefühlt und bekannt hat;

ein VOLK, bei dem sowohl die Bezeichnung als blosse Glaubensgemeinschaft, wie auch als blosse Nationalität als Torso empfunden wird;

ein VOLK, dessen Religionsgesetz es gebietet, dass alle seine Volksangehörigen gute Staatsbürger in allen Ländern ihres Aufenthalts seien.

Dies ist der Standpunkt der ganzen thoratreuen Judenheit.

Die Arbeitsgemeinschaft der thoratreuen Vereine der Stadt Posen.

Erster Aufruf des Jüdischen Volksrats.

Jüdische Mitbürger!

Ein jüdischer Volksrat zur Wahrung der nationalen und persönlichen Rechte der Juden in Stadt und Land Posen ist gebildet.

Jüdische Mitbürger! Wendet Euch an uns in allen Fragen, die den Schutz Eurer Rechte, Freiheit und Sicherheit betreffen.

Jüdische Soldaten! Sagt uns alle Eure Sorgen, und verständnisvoller Rat und Hilfsbereitschaft sind Euch sicher.

An der allgemeinen Bürgerwehr nehmen wir teil

Unser Büro befindet sich Berlinerstrasse Nr. 5II (Fernsprecher 1576) und ist den ganzen Tag geöffnet.

Jüdischer Volksrat Posen.

Gemeinschaftliches Flugblatt des Jüdischen und Polnischen Volksrats.

An unsere polnischen Mitbürger!

Der Waffenlärm aus den Strassen Posens ist geschwunden Es besteht die Gefahr, dass eine starke Verbitterung zurückbleibt. Diese Gefahr wird gesteigert durch die falschen Berichte Berliner Blätter über die hiesigen Vorgänge. Wir sind diesen übertriebenen und grossenteils unwahren Berichten sofort entgegengetreten und werden in Zukunft gleichfalls allen Entstellungen hiesiger Vorgänge entgegentreten. Auch an dieser Stelle weisen wir wiederholt darauf hin, dass die Ausschreitungen keinen Pogromcharakter getragen haben. Wir haben auch das feste Vertrauen, dass bei den hiesigen Vorgängen eine derartige Absicht nicht bestanden hat.

Um so mehr halten wir es für erforderlich, dass auch den Gerüchten aufs Schärfste entgegengetreten wird, die geeignet sind, bei unseren polnischen Mitbürgern eine feindliche Stimmung gegen die jüdische Bevölkerung zu erzeugen.

Polnische Mitbürger! Bekämpft alle diesen falschen Gerüchte, die von einer durch nichts erwiesenen und nicht vorhandenen Feindseligkeit der jüdischen Bevölkerung gegen über der polnischen sprechen! Diese Gerüchte dienen nur dazu Verbitterung und Misstrauen zu schaffen.

Wenn Ihr zum Wohle des Ganzen die Ordnung herstellen und mit uns in Frieden leben wollt, so sorgt für Schutz von Person und Eigentum aller Mitbürgern und zeigt durch die Tat, was Eure Führer uns versichert haben, dass Ihr bereit seid, mit uns in Eintracht zu leben.

Wir sind dazu bereit.

Posen, den 5. Januar 1919.

Jüdischer Volksrat.

Gegen die Verleumdungen!

Es wimmelt in der deutschen Presse von unbegründeten und tendenziösen Mitteilungen über die letzten Posener Ereignisse. Unter anderem schrieb das ‚Berliner Tageblatt' die Synagoge sei während des Gottesdienstes beschossen worden und es seien hierbei eine Anzahl Juden verletzt worden. In einer anderen Nummer wurde berichtet, dass die Polen in Posen Judenpogroms veranstaltet haben. Auch das Wolff'sche Telegraphenbüro in Berlin hat sich diese Unwahrheiten zu eigen gemacht. Wir stellen fest, dass alles dies ungeheuerliche Lügen sind, bewusst darauf berechnet, die Polen als kulturloses Volk hinzustellen. Zur Brandmarkung dieser Lügen berufen wir uns auf das Zeugnis der Juden selbst und insbesondere des Jüdischen Volksrats, der in dem nebenstehenden Aufruf die genannten Mitteilungen als unwahr bezeichnet. Der Jüdische Volksrat ist bemüht gewesen, die Darstellungen in den Berliner Blättern richtig zu stellen und will in Zukunft darauf hinwirken, dass derartige Verleumdungen verhindert und wahrheitsgemässe Darstellungen gegeben werden.

Wir unsererseits stellen bei dieser Gelegenheit erneut fest, das das polnische Volk wie in der Vergangenheit so auch weiterhin den Juden volle Toleranz und Gleichberechtigung gewährleistet. Wie den anderen nationalen Minderheiten, so billigen wir auch dem jüdischen Volke volle Gleichberechtigung zu.

Indem wir das versichern, berufen wir uns auf unsere Geschichte, von ihrem Anfange bis zur ewig denkwürdigen Konstitution vom 3. Mai 1791, sowie auf die gegenwärtigen Anschauungen und Ueberzeugungen und den wahren Willen unseres polnischen Volkes, vor allem auch auf den in dieser Hinsicht vom polnischen Landtage vom 4. Dezember 1918 gefassten formellen und feierlichen Beschluss

Zwar haben die unwahren und tendenziösen Nachrichten der deutschen Presse eine verständliche und tiefgehende Entrüstung in unserer Gemeinschaft wachgerufen Wir haben jedoch von der massgebenden jüdischen Instanz, dem Jüdischen Volksrate, die Versicherung, dass die Juden nichts Gemeinsames mit der Verbreitung der falschen Nachrichten haben und diesen Nachrichten entgegentreten werden. Wir wenden uns daher an alle Polen mit der dringenden Aufforderung, den Kampf gegen die unsere Nationalehre berührenden und grundlosen Anschuldigungen zu erleichtern. Man muss daher unbedingt und absolut alles vermeiden, was unseren Feinden auch nur einen Vorwand geben könnte, Waffen gegen uns zu schmieden.

Vor allem verbreitet nicht grundlose Nachrichten und wiederholt nicht leere Gerüchte über die Juden. Indem wir alles, was die nationalen oder religiösen Leidenschaften entfachen oder reizen kann oder die Empfindungen anderer beleidigen könnte, vermeiden, werden wir den glänzenden Ueberlieferungen unserer Vergangenheit treu bleiben, werden wir den Beschlüssen unseres Landtages gerecht werden und gleichzeitig für das künftige staatliche Gedeihen des erstehenden Polens arbeiten.

Posen, den 5. Januar 1919.

Polnischer Volksrat.

Die unterzeichneten Volksräte werden von nun ab in gemeinsamer Arbeit bemüht sein, die gegenseitigen Beziehungen zwischen der polnischen und jüdischen Bevölkerung zu regeln und dadurch ein für beide Teile gedeihliches Verhältnis aufrecht zu erhalten.

Posen, den 5. Januar 1919.

Polnischer Volksrat. Jüdischer Volksrat.



Verantwortlicher Schriftleiter: Rechtsanwalt Dr. Chone, Posen. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Leo Eisig, Posen.
Druck D. Goldberg, Posen.





Verantwortlicher Schriftleiter: Rechtsanwalt Dr. Chone, Posen. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Leo Eisig, Posen.
Druck D. Goldberg, Posen.

Preis 50 Pf.

Adresse der Redaktion: Posen, Berlinerstr. 5 II Fernsprecher Nr. 1736.

Mitteilungs-Blatt des Jüdischen Volksrats Posen

Büro des Jüdischen Volksrats: Posen, Berlinerstr. 5 II Fernsprecher Nr. 1736.

Zwanglos erscheinende Hefte.

Verlag und Expedition: Jüdischer Volksrat Posen.

Nummer 3. POSEN, April 1919 = 5679 Nissan. I. Jahrgang.